

HILDESHEIM



Sie mussten noch per **Handkurbel** angeworfen werden – das waren die **ersten Taxis** Hildesheims:

www.hildesheimer-allgemeine.de/taxis

OBEN LINKS



Von Christian Wolters

Ganz gentle

Da hörte eine Hildesheimerin gestern Vormittag dieses seltsame Brummen und Scheppern, wie es nur Müllautos und ihre Besatzungen hinbekommen. Das Geräusch wurde langsam leiser, die Alarmglocken im Hirn der Frau dafür immer lauter: Verdamm, Abfuhrtermin vergessen! Und so sprintete sie auf die Straße, sah gerade noch den ZAH-Laster um die Ecke biegen, zum Glück mit einem Mann hinten drauf, der ihr Fuchteln bemerkte und den Fahrer zum Zwischenhalt veranlasste. Nicht einmal die dösige Frage: „Welche Tonne ist denn heute dran?“, brachte die Männer in Orange aus der Ruhe, sie gaben freundlich Auskunft und informierten die Kundin, dass es sich um die schwarze handelte, die allerdings in der Wohnstraße der Hildesheimerin bereits geleert worden sei. Die Frau – wissend um die C-Waffen-fähige Pampersfüllung ihrer Tonne – machte daraufhin offenbar ein derart panisches Gesicht, dass die ZAHler sie freundlich heranwinkten. Behälter her und Schwamm drüber, lautete die Botschaft, weshalb die Frau sich sicher ist: Es gibt noch echte Gentlemüllmen!

ZAHL DES TAGES

110

Euro pro Tag kostet ein Inhaftierter den Staat im Bundesdurchschnitt. Das sind im Monat rund 3300 Euro, die aus Steuermitteln finanziert werden (Quelle: Bundesjustizministerium, 2011)

VOR 25 JAHREN

Hildesheim. Die Anzahl der Drogentoten der letzten Wochen haben die Kommunalpolitiker wachgerüttelt: Sie wollen sich für mehr Personal für die Drogenberatungsstelle, öffentliche Fixerstuben und eine Präventionsstelle im Jugendamt einsetzen.

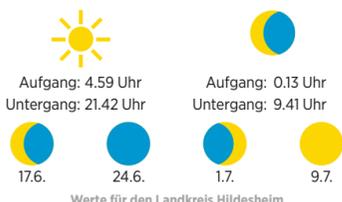
Rio de Janeiro. Beim Umweltgipfel der Vereinten Nationen fordert Bundeskanzler Helmut Kohl die Industrienationen zu mehr Verantwortungsbewusstsein in Sachen Umweltschutz auf. US-Präsident George Bush erklärte, die USA seien zu internationaler Kooperation bereit.

DAS WETTER

		gestern	heute	morgen
Temperatur max.	(°C)	18,6	23,0	27,3
Temperatur min.	(°C)	13,6	10,0	14,0
Niederschlag	(mm)	0,0	0,0	0,0
Luftfeuchte	(relativ)	59%	49%	41%

Werte für den Landkreis Hildesheim

SONNE UND MOND



ZU GUTER LETZT



... wunderte sich HAZ-Leser Hans-Jürgen Botterbrod aus Hildesheim über diesen merkwürdigen Fahrrad-Abstellplatz in Faro (Portugal).

Er will beim Taxi auf E-Autos setzen – und darf nicht

Hildesheimer Unternehmer plant von Diesel- auf Elektroantrieb wechseln / Eichgesetz spricht dagegen, Land schimpft auf Autohersteller

Von Tarek Abu Ajamieh

Hildesheim. Taxis fahren vor allem kurze Strecken im Stadtgebiet. Die Branche bietet sich deshalb dafür an, auf Elektroautos umzusteigen – zumal fast alle Taxis Diesel-Motoren haben, denen Experten einen wesentlichen Anteil an der zu hohen Stickoxid-Belastung in Städten zuerkennen – auch in Hildesheim, wo derzeit 72 Taxis unterwegs sind. Ein hiesiger Unternehmer will deshalb auf Elektrofahrzeuge umsteigen. Die Landesregierung findet das super – möglichst ist es trotzdem nicht: Der Verband gibt der Politik die Schuld, die schimpft auf die Fahrzeug-Hersteller. Das Problem: Derzeit können Elektroautos nicht als Taxis genehmigt werden.

Für Unternehmer Hartmut Reinecke ein Unding: „Wenn es irgendwo Sinn macht, dann bei uns. Wir fahren alle Diesel, und die rollen den ganzen Tag durch die Stadt – 80 Prozent unserer Fahrten finden dort statt.“ Er sei bereit für den Sprung, auch wenn der finanziell gesehen mutig sei: 80000 statt der üblichen 40000 Euro würden für ein neues Fahrzeug fällig. Allerdings geht Reinecke davon aus, es doppelt so lange nutzen und günstiger betreiben zu können. „Das würde sich schon rechnen“, glaubt der Hildesheimer, der an einen Tesla denkt.

Da ist er in Niedersachsen nicht allein. Ein Taxi-Unternehmer aus Gifhorn war offenbar zu optimistisch, hatte für rund 90000 Euro einen Tesla erworben – und erst dann gemerkt, dass er den derzeit nicht als Taxi genehmigt bekommen würde. Immerhin konnte er sich mit dem Hersteller auf eine Rückab-



Muss weiter mit Diesel durch die Stadt steuern: Hartmut Reinecke.

FOTO: MORAS

wicklung des Kaufs einigen. Von diesem Fall berichtet Gunther Zimmermann, Geschäftsführer der Fachvereinigung Taxen und Mietwagen in Niedersachsen.

Für ihn ist klar, wer Schuld an dem Dilemma hat: Bund und Länder. Die würden es nicht hinbekommen, dass die Eichämter auch Elektro-Taxis genehmigen könnten. Im Gegenteil hätten sie den Betrieben das Leben noch schwerer gemacht.

KOMMENTAR

Hürden beseitigen



Von Tarek Abu Ajamieh

Deutschland will Vorreiter für E-Mobilität werden, Niedersachsen sogar Vorreiter des Vorreiters. Doch an praktischen Bei-

spielen wie dem Taxi-Problem zeigt sich, wie Absichtserklärungen und Wirklichkeit miteinander auseinanderklaffen. Wer schnell den Wandel will, wer die Zahl der Dieselaautos in den Städten verringern will, der muss nicht nur Messen veranstalten und schönes Werbematerial produzieren. Sondern auch dafür sorgen, dass rechtliche Hürden schnell beseitigt werden. Und wenn sie in einem politisch so glanzlosen Gesetz wie dem Eichrecht auftauchen.

Modellprojekt in Hannover

In Hannover sollen 55 E-Taxis rollen – allerdings erst im Jahr 2020. Dann will Volkswagen dafür zwei neue Automodelle zur Verfügung stellen, den elektrischen T7 und den geplanten ID. Der Autohersteller dürfte die Fahrzeuge dann auch als Taxis ausliefern und die eichrechtlichen Bedingungen erfüllen. Allerdings braucht er noch drei Jahre, bis die Autos zur Verfügung stehen. *abu*

Durch neue Eichverfahren dauere es manchmal bis zu drei Wochen anstatt weniger Tage, bis ein Fahrzeug als Taxi zugelassen ist.

Im niedersächsischen Wirtschaftsministerium sieht man das anders. Elektroautos als Taxis seien sehr sinnvoll, könnten eine Vorreiterrolle einnehmen und hätten auch Anspruch auf den Umweltbonus.

Theoretisch. Praktisch steht das Eichrecht wie eine Wand zwischen Taxiunternehmer und Elektroauto. Konkret das Mess- und Eichgesetz sowie die Mess- und Eichverordnung des Bundes. Die verlangt vom jeweiligen Fahrzeug-Hersteller eine „lückenlose Darlegung des Signalweges für das eingebaute Taxameter“, wie eine Ministeriumssprecherin erklärt. Dazu seien die Hersteller derzeit jedoch nicht bereit. „Im geltenden Eichrecht besteht kein Spielraum“, bedauert das Ministerium. „Ausnahmetatbestände“ seien nicht vorgesehen.

Zwar gibt es eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, die am Eichrecht feilt, doch vor allem warten die Behörden auf Bewegung bei den Autoherstellern – während der Taxenverband es eher für geboten hält, das Eichrecht anzupassen.

Hartmut Reinecke wird sich wohl wieder einen Diesel kaufen.

Hebammen müssen fürs Parken zahlen

Grünen-Antrag auf Befreiung scheitert

Hildesheim. Hebammen bekommen keine Sonderregelungen beim Parken: Der Rat hat am Montagabend einen Antrag der Grünen dazu mit großer Mehrheit abgelehnt. Unterstützung gab es nur von der AfD, die Park-Privilegien auch für Altenpfleger forderte. Sprecher der anderen Fraktionen lehnten beide Wünsche mit Hinweis auf den Gleichheitsgrundsatz ab: Schließlich könnten auch Handwerker und andere Berufsgruppen Ausnahmen beanspruchen, erklärte Dennis Münster (CDU). Der Rat müsste dann eine Auswahl treffen, was schwer fallen dürfte: „Wir sollten davon absehen.“ Nach den Vorstellungen der Grünen sollten Hebammen ungefragt im Halteverbot und auf Bewohnerplätzen stehen sowie ihre Autos kostenlos auf gebührenpflichtigen Parkplätzen abstellen dürfen.

„Wir brauchen eine besondere Regelung für eine besondere Berufsgruppe“, sagte Jörg Bredtschneider. Hebammen stellten die Geburtshilfe sicher. Doch damit konnten die Grünen nicht einmal bei ihrem sonstigen Partner, der SPD, landen.

Auch andere Berufe seien wichtig, sagte deren Vertreterin Kerstin Angermann. Zudem gebe es für Hebammen die Möglichkeit, eine entsprechende Genehmigung zu bekommen, erinnerte Christdemokratin Münster – dies allerdings für eine Gebühr von 180 Euro im Jahr, wie sie andere auch zahlen müssten. „15 Euro im Monat bringen Hebammen nicht an den wirtschaftlichen Abgrund“, fand CDU-Ratsherr Mirco Weiß. Da nutze es auch nichts, dass die Grünen-Vertreterin Rosa Wagner-Kröger auf die 7000 Euro hinwies, die freiberufliche Hebammen im Jahr an ihre Versicherung zahlen müssten. Ihr Hinweis, Hebammen könnten auch früh mögliche Gefährdungen des Kindeswohl erkennen, zog ebenfalls nicht. *br*

KORREKTUR

Hildesheim. Der AfD-Antrag, die Stadt solle ein Konzept zum Schutz von Veranstaltungen durch Poller oder andere Sperren gegen Anschläge entwickeln, ist vom Verwaltungsausschuss abgelehnt worden – nicht, wie irrtümlich berichtet, vom Rat. Der musste sich mit dem Thema aus rechtlichen Gründen gar nicht befassen. *br*

„Erst jetzt wird es richtig kompliziert“

Wie läuft es bei der Flüchtlingshilfe in Stadt und Landkreis? Grünen-Politikerin lädt zur Diskussionsrunde

Von Celia Borm

Hildesheim. Der Redebedarf ist groß am Montagabend. Trotz stehender Luft und wenig Sauerstoffgehalt muss die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer nach rund zwei Stunden offensiv die Reißleine ziehen. Die Flüchtlingshelfer, die ins Wahlbüro in der Jakobstraße gekommen sind, hätten wohl noch Stunden von ihren Erfahrungen mit Ämtern und gesetzlichen Vorgaben berichten können. Es hat sich einiges aufgestaut, das merkt auch Pothmer schnell.

Die heiße Phase, während der in Deutschland Willkommens- und Abschottungsbewegung rasant nebeneinander emporwachsen, ist abgekühlt, das öffentliche Interesse abgeflacht. Flüchtlinge sind aber selbstverständlich immer noch da, und es gibt nach wie



Den Ehrenamtlichen kann er nur 8,50 Euro im Jahr weitergeben, sagt Koordinator Jens Wolf (Dritter von links).

FOTO: MORAS

vor Menschen, die ihnen helfen. Die Masse an Erstaufnahmen ist abgearbeitet, aber „erst jetzt wird es richtig kompliziert“, sagt Pothmer einleitend. Viele der Helfer können das bestätigen. Denn vor

allem für diejenigen, bei denen aufgrund ihrer Herkunft klar ist, dass sie nicht für immer bleiben können, ist es schwierig, Zugang zu Sprachkursen und Fortbildungen zu schaffen. Das Aufenthalts-

recht ist höchst kompliziert, das bestätigt auch Uwe Wedekind vom Hildesheimer Asyl-Verein. Umso wichtiger, dass sich alle Helfer untereinander austauschen. Ein regelmäßiges Treffen wie das am Montag gibt es aber nicht. „Das ist für die Ehrenamtlichen gar nicht leistbar“, sagt Wedekind. Denn die sind teilweise an den Grenzen der Belastung, während Anerkennung kaum bei ihnen ankommt.

Jens Wolf, Flüchtlingskoordinator für die Samtgemeinde Leinebergland, sagt: „Ich habe das mal ausgerechnet: Ich kann meinen Ehrenamtlichen 8,50 Euro im Jahr geben.“ Zumal die Bundesmittel zweckgebunden sein müssten. „Ein Tankgutschein über 8,50 Euro – da mache ich mich doch lächerlich“, so Wolf.

In Hoheneggelsen und Giesen hat man andere Probleme. Dort

fehlt die gesellschaftliche Akzeptanz, berichten die Ehrenamtlichen. „Das ging schon so weit, dass wir teilweise bedroht worden sind“, erzählt Kathrin Lange aus Hoheneggelsen. In Giesen gebe es zudem auch aus der Politik kaum Interesse. Hier regte der ebenfalls anwesende Landtagsabgeordnete Ottmar von Holtz an, mit einem Besuch noch einmal dafür zu werben – allerdings erst nach der Bundestagswahl.

Ein Thema, das alle umtreibt und das auch Pothmer als eines der wichtigsten ausmacht, ist die Sprache. Auch Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, müssten Kurse besuchen dürfen, weil sie teilweise trotzdem über Jahre im Land bleiben. Sie habe überrascht, wie viel die Ehrenamtlichen gerade in diesem Bereich in Eigenregie leisten, so Pothmer.